

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Abonnementpreis: Die ledigepaltene Kopypostle 60 Pfg., Bekanntheitsblatt 1.— M.

Abgabe nach dem Postamt: Ein jedes Blatt, Preishefte 10, die 8 Wochen zum 3 P. M. Wochener und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erste Nr. wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag über 6 Uhr für den folgenden Tag.

Streichholzfabrik Preishefte: durch unsern Bekanntheitsblatt 5,50 M. aus dem untern Boden und durch gebunden 5,00 M. mit dem durch den Verteiler 20 Pfg.

Streichholzfabrik und monatliche Beiträge werden nach dem 8. M. wöchentlich, Preishefte 10, aus dem untern Boden und dem Bekanntheitsblatt angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr 40

Dienstag, den 5. April 1921.

60. Jahrgang

Der Schlüssel zur Lage.

In Paris war vor einigen Tagen das Wort von einer „deutsch-französischen Annäherungs-Möglichkeit“ aufgetaucht. Bei uns in Deutschland hat kaum jemand sich mit dieser Möglichkeit beschäftigt, denn wir hatten an nächstgelegene Dinge zu denken, aber in Frankreich hatte die Sache viel Status angenommen. Dabei war noch gar nicht festgestellt, ob wirklich eine Persönlichkeit, deren Aussprüche Beachtung bezugen ist, sich so geäußert hätte. Die Mitteilung ist augenblicklich auf die Rede des Ministerpräsidenten Briand in der Deputiertenkammer vor deren Zuhörerschaft, worin er gesagt hatte, er werde nächstens schon bald in der Lage sein, die Zustimmung der Kammer zu neuen Verhandlungen der französischen Regierung einzuholen. Diese Sendung klingt aber weit eher nach neuen Maßnahmen gegen Deutschland, als nach Verhandlungen über eine Verständigung oder gar Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland. Die Gegner Briands, die Gruppe Bonin, haben sehr sorgsam angemerkt, daß sich der Satz des Ministerpräsidenten bezieht, wenn dieses seine Politik in dieser Richtung einleiten würde. Es ist also dasjenige Schachspiel, das sich in Paris seit 1871 nicht darbot, wenn einmal schließlichen Gewag wurde, das Wort „Annäherung“ mit Bezug auf Deutschland auszusprechen.

Es ist nicht zu verkennen, daß die französische Regierung heute in einiger Verlegenheit ist, die sie vor der Deutlichkeit nicht zugeben will, was das ist der Schlüssel zur Lage. Diese Verlegenheit besteht, genau genommen, schon seit vorigem Herbst, und darüber ist schon zu Anfang dieses Jahres das Ministerium bezugsnehmend, so daß es seinen Nachfolger im Amt Platz machen mußte. Das offizielle Frankreich hat nach innen hin zu viel versprochen und nach außen hin (Afrika, Asien, Orient, Polen, Litauen) sich rechtlich zu hohe Ziele gesetzt, als daß es sich nicht durch die unerbittliche deutsche Angelenheit in seiner Ellenbogenfreiheit gewaltig beeinträchtigt. Eine Verständigung mit Deutschland, für die freilich auch Lloyd George sprach, wäre also an der Zeit, wenn nicht die neue, aber von Kongressen in dieser Beziehung, ohne welche doch nichts zu erreichen ist, ist bis heute nichts zu sagen. Im Gegenteil wird uns doch erst in diesen Tagen wieder ausführlich vorgezogen, was wir an Baumaterial für den Weltfrieden und ein Bild für die angeblich von uns vernünftigen französischen Tagen für vor schon vor 1870 mehr als mündendend zu sagen haben.

Wenn etwas gemacht sein soll, damit Frankreich diejenige Bewegungsfreiheit zurückgewinnt, die es bei seiner heutigen Weltstellung gebraucht, so muß es sich von der Hand abgeben, daß es auch heute noch von Deutschland bedroht ist. Es will durch eine Vereinbarung mit Amerika größere Sicherheit, die es gar nicht gebraucht, und von Belgien her nicht gewinnen werden, erzielen, während das doch ein kräftiger Entschluß zur Überwindung der gegen Deutschland gehaltenen Vorurteile genügt. Dann würden wir von Milliarden Kassen befreit, die uns heute durch den französischen Vandalismus erwachsen, und können für die Abtragung unserer Verpflichtungen gegen Frankreich und die Entlastung eines jeden Mannes in Frankreich, als es unter den obwaltenden Umständen möglich ist, als es unter den obwaltenden Umständen möglich ist.

Frankreich ist mit England verbunden, aber daß die beiden Staaten nicht immer dieselben Interessen haben, wissen sie ganz genau. Die Entente ist erst ein halb Menschentaler alt, und früher gab es keine Harmonien, sondern Eismauern, die mehr als einmal zu Zerwürfeln führten.

Der Schlüssel zur Lage, das heißt, die internationalen politischen Verhältnisse mehr als gegenwärtig zu seinen Gunsten gestalten, hat Frankreich selbst in der Hand. Es muß ihn nur anwenden. Wm.

Amerikanische Vermittlung?

Ententemehrungen über amerikanische Vermittlungsversuche in der Reparationsfrage.

Der Berliner Vertreter des Brüsseler Blattes „Singtime“ berichtet, daß nach Erklärungen, die er in diplomatischen Kreisen erhalten hat, die deutsche Regierung sich mit der Wästel trage, den Alliierten eine französische Staatsdeklaration zu machen. Diese Absicht wäre auf eine Verhandlung in der Vereinigten Staaten, die dem Berliner Kabinett entsprechende Eröffnungen gemacht hätten, zurückzuführen.

Nach einer Meldung des amerikanischen Telegrammbüros Radio aus Washington vom 1. April gibt bereits das amerikanische Staatsdepartement bekannt, daß es sich nicht an dem offiziellen Charakter zwischen der amerikanischen Mission in Berlin und den deutschen Behörden über die Wiederherstellungsforderungen beteiligen hätten. Jedoch sei man, wie das Staatsdepartement weiter erklärt, zu einem Beschluß bisher noch nicht gekommen. Die Vertreter der Vereinigten Staaten, die über den deutschen Standpunkt in der Reparationsfrage

handt hätten, hätten nach der genannten Brüsseler Quelle den Eindruck, daß Deutschland großen Wert darauf legt, Amerika in der Festlegung der von ihm geschuldeten Summe beteiligt zu sehen. Andererseits wird die unlängst veröffentlichte Meldung, wonach Harding's Kabinett Deutschland bereits einen endgültigen Wiedererstattungsplan unterbreitet habe, nicht bestätigt.

Ein deutsches Dementi.

Von deutscher amtlicher Seite wird hierzu mitgeteilt: Es haben keinerlei Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und der amerikanischen Regierung über das Reparationsproblem stattgefunden. Ebenso wenig sind Projekte über diese Probleme zwischen beiden Regierungen ausgetauscht worden. Wichtig ist nur, daß der Reichsminister bei Weisern Dr. Simon's gelegentlich einer Unterredung mit dem Berliner amerikanischen Kommissar Gelegenheit genommen hat, den bekannten deutschen Standpunkt in der Reparationsfrage zum Ausdruck zu bringen. Dabei ist, wie es bei derartigen diplomatischen Unterredungen üblich ist, dem amerikanischen Kommissar ein entsprechendes Memorandum überreicht worden. Soweit der Sachverhalt, den man in der Öffentlichkeit nicht allen großen Bedeutung beimessen sollte. Weiter wird noch mitgeteilt, daß von neuen deutschen Vorschlägen vorläufig keine Rede sein kann.

Wie man sieht, wird aber entgegen der Auffassung der deutschen Regierung auf Seiten der Entente dieser privaten Unterredung eine ziemlich große Bedeutung beigemessen. Oder sollte hierbei mehr der Wunsch der Entente des Gedankens genoten sein? Auf beiden Seiten hat man sich allerdings Interesse daran, die Verhandlungsverhandlungen wieder aufzunehmen. Durch die Gewaltpolitik der Entente sind diese Verhandlungen aber jetzt dermaßen verfahren, daß die Entente schon gerne wieder in Anspruch nehmen würde, um den Korridor wieder aus dem Dreck zu ziehen. Nach den ersten Erklärungen Harding's hatte man allerdings den Eindruck, daß er sich überhaupt nicht in europäische Angelegenheiten mischen würde. Aber schließlich berühren diese auch Amerika's Interessen stark. Gegenwärtig befindet sich bekanntlich Viduan in Washington, um Harding in französischer Sprache zu bearbeiten, ihm besonders darzumachen, daß Frankreich seine Schulden an Amerika nicht bezahlen könne, wenn Deutschlands Verpflichtungen an Frankreich nicht geregelt sind. Etwas Neues mag also schon an diesen Meldungen über amerikanische Vermittlungsversuche sein. Wo Manah ist, da ist gewöhnlich auch Feuer. — a.

Kaiser Karls Rückreise.

Die ungarische Nationalversammlung gegen Karl. Eröffnung Karl hat seine Aufschubfrist jetzt wohl unter dem Zwang der Verhältnisse ganz aufgegeben, obwohl man infolge der ungenügenden Tegethenerpersone über die Absichten der ungarischen Legitimisten noch ziemlich im Unklaren ist. Aber die inner- und außenpolitischen Momente, die gegen einen Staatsfriedensvertrag sprechen, sind denen doch zu stark.

Am Freitag fand die mit Spannung erwartete Sitzung der ungarischen Nationalversammlung statt, die die Entscheidung des Parlamentes über die Krönungsfrage bringen sollte. Diese Sitzung hat ein überraschendes Ergebnis gezeigt. Denn die Nationalversammlung hat einstimmig einen Antrag der Reuepartei angenommen, der sich in scharfer Form gegen Karl wendet. Der Wächler der Nationalversammlung, dem also auch die doch in diesem Parlament ziemlich starken Legitimisten ohne Ausnahme zugestimmt hat, bescheidet den jetzigen Zustand des Landes als legitim und beurteilt den unmarkierten Versuch Karls in scharfer Form als eine Kucherei und eine Gefahr für das Land.

Mit großer Mehrheit sprach das Parlament auch dem Reichsobersterpräsidenten das Vertrauen aus und billigte sein Verhalten gegen Karl. Die Stellung des ungarischen Parlamentes ist also jetzt klar und eindeutig. Eine scharfe Erklärung der Reichsobersterpräsidenten. Ebenso klar, eindeutig und energiegelad hat jetzt auch die Entente, deren Hauptmächte England und Frankreich bisher keine feste Haltung eingenommen hatten, sich geäußert. Die beiden Mächte, die bisher die Entente gebildet hatten, setzten sich am Freitag in Paris eine Sitzung abgehalten und auf den Vorschlag Frankreichs eine Erklärung angenommen, die nochmals feststellt, daß nach Ansicht der alliierten Regierungen eine Wiedererstattung der Saksburger die Grundlage des Friedens in Gefahr bringen würde, so daß sie daher von ihnen weder anerkannt noch gebilligt werden könne. Die verbundenen Mächte erklären darauf, daß die ungarische Regierung sich der Schwere der Lage bewußt ist, die eine Klärung des alten Souveräns auf den Thron von Ungarn schaffen würde, und wirksame Maßnahmen ergreifen wird, um den Versuch zu hemmen, dessen augenblicklicher Erfolg für Ungarn die verhängnisvollen Folgen haben könnte.

Die Haltung der Nachfolgestaaten.

Dann haben auch die Regierungen von Rom, Prag, Belgrad und Bukarest öffentlich und auch inoffiziell deutlich zu verstehen gegeben, daß sie gegen eine Wiederkehr Karls auf den Thron von Wien mit allen Mitteln aufzutreten werden. Graf Sforza hat sich sogar ziemlich scharf in diesem Sinne geäußert. Einmal hat der deutsch-französische Nationalrat in einer außerordentlichen Sitzung am Freitag in scharfer Weise Stellung gegen das Abenteuer des Kaisers genommen, das in einer gemeinsamen Erklärung der drei großen Parteien als eine Verletzung der Republik Österreich bezeichnet wird. Der Bundeskanzler stellte mit, daß die österreichische Regierung diese Ansicht Österreichs den Ententemächten und den Nachfolgestaaten mitteilt habe.

Die Verhandlungen über Karls Rückreise.

Unter diesen Umständen bleibt dem jungen König allerdings nichts anderes übrig, als scheinbar Ungarn wieder zu verlassen. Die Verhandlungen über seine Rückreise sind demnach schon im Gange. Er selbst hat sich jetzt bereit erklärt, Ungarn zu verlassen. Die technischen Vorbereitungen für seine Rückreise über Österreich sind bereits getroffen. Die Verhandlungen, die hierüber in Wien und in Steinamanger zwischen den Vertretern des Kaisers, der ungarischen und der österreichischen Regierung geführt wurden, vor dem dem Kaiser der Sonderzug, der den Kaiser über Österreich nach der Schweiz bringen soll, fertig in Steinamanger bereit. Alle Stationen, durch die der Zug fährt, werden abgefahren und militärisch besetzt sein. Wien selbst soll nachts passiert werden. Der Zug wird bei seiner Fahrt durch Österreich durch Reuepartei der Großherzogin, der österreichischen Reichsarmee, der sozialdemokratischen Partei begleitet werden, die eventuelle Anstrengungen, die sich durch die Stellung der Eisenbahner oder der Bevölkerung entgegenstellen könnten, durch zwei englische Stabsoffiziere begleitet werden. Wohin sich Karl begeben wird, steht noch nicht fest. Der Schweizer Bundesrat hat beschlossen, dem Kaiser vorläufig den Aufenthalt in der Schweiz zu gestatten. Ob er aber wieder in Prag auszuweichen nehmen will, ist noch zweifelhaft. Die Anwesenheitsdauerung ist auch ausdrücklich protokolliert. Identifiziert wird sich aber die Schweiz gegen totale Wiederholungen solcher Exzentriker des Kaisers sicher wollen. Nach anderen Meldungen soll sich der Kaiser endlich nach Spanien begeben. Die spanische Regierung soll hierüber ihre Einwilligung hierzu gegeben haben.

Allerdings tauchen noch allem immer noch Meldungen auf, daß Karl in Ungarn verbleiben und sich des Thrones zu bemächtigen suchen will. Man muß aber bei dem Charakter des jungen Kaisers, der bereits während seiner Regierungzeit in Ostpreußen „Karl der Blühliche“ genannt wurde, immer auf die verschiedensten Überraschungen gefaßt sein. Wm.

Deutsches Reich.

Belohnungen für den Radwitzer von Radwitzer. Da bei der Dynamitattentate während des Aufstandes in Mitteldeutschland nachweislich nach dem Entschuldigungsabgabepflichtiges Material zur Verwendung gelangte, hat der Reichskommissar für die Entwaffnung des Reichspräsidenten der Provinz Sachsen 200.000 M. zugesprochen. Ferner hat der Reichskommissar eine Belohnung für die Aufklärung dieser Verbrechen zur Verfügung gestellt. Ferner hat die Aufklärung geheimer Waffendepots Belohnungen bis zu 100.000 M. und für die Aufgabe zweckdienlicher Mittelungen, die zur Erfassung abgabepflichtiger Eingehalten führen, Belohnungen bis zu 10.000 M. in Aussicht gestellt. Für den Radwitzer eines Maschinenmeisters sollen bis zu 5000 Mark, für den Radwitzer eines Gewehrs bis 300 Mark Belohnung gegeben werden.

Die Reichsobersterpräsidenten-Rückreise beendet. Die Reichsobersterpräsidenten-Rückreise der obersteinsten Abfertigung gibt den folgenden Schlussbericht aus: Mit dem Freitag hat nach einer Gesamtarbeit von 2 Tagen die große Transportbewegung ihren Abschluß erreicht. Die erkrankten Mannschaften sind in die Heimat zur Bekämpfung in Oberösterreich zu geleiten und werden in ihren Wohnorten. Monatlange unermüdliche Arbeit war erforderlich, um dieses Werk zum Abschluß zu bringen, und sie ist in außerordentlicher Weise von dem deutschen Schiffsbau, den beteiligten Behörden, dem Reichsobersterpräsidenten geleitet worden. Dank der durch die Reichsobersterpräsidenten geleitet worden. Dank der durch die Eisenbahndirektionen bis ins einzelne geregelten Vorbereitungen hat die Transportbewegung trotz manderlei Schwierigkeiten infolge politischer Gehaltsrate in Oberösterreich und kommunikativer Probleme in Mittel-

Deutschland ihren planmäßigen geregelten Bestand genommen. Durch die Mobilisierung der Bevölkerung ist die Arbeit der Schmelzwerke durch das deutsche Land, um ihr Betreiben zu deutschen Zwecken abzugeben, zu einem Ziel und Siegeszug geworden, in dem sich der Dank des deutschen Volkes denen gegenüber widerspiegelt, die zum Besten des deutschen Vaterlandes beigetragen haben.

Exzentrikontrolle über deutsche Betriebe. In einer Note vom 29. März teilt die Reichsregierung der deutschen Regierung mit, daß sie den deutschen Einspruch gegen die Entscheidung der Kontrollkommission hinsichtlich jener Verhältnisse in Deutschland, die hinsichtlich Kriegsmaterial (es handelt sich um die Fabrikation der Ausdrucksgeräte) bestehen, von Berlin bezweifeln berechtigt sein sollen, ablehnt. Die Entscheidung des Obersten Rates sei endgültig, und die Exzentrikontrolle seinerseits keine neue Erdzierungen hervor.

Die Gefahr eines Elektrizitätsstreiks in Berlin scheint abgemindert zu sein. Freitag und Sonnabend wurden die Untersuchungen über die Ergebnisse des kommunistischen Streiks unter der Beteiligung von Vertretern der Gewerkschaften und der Elektrizitätsarbeiter fortgesetzt. Es ergab sich deutlich, daß Spitz bei einem Hungerstreik erschossen wurde, der von Polizeibeamten im Lager gehandelt hat. Es wird demnach wahrscheinlich nicht zu einem 24stündigen Demonstrationsstreik der Elektrizitätsarbeiter kommen, wahrscheinlich werden aber während der Beibehaltung Spitz die Elektrizitätswerke nicht arbeiten, damit alle Arbeiter an der Beibehaltung teilnehmen können.

Polnische Gewalttaten nach gegen Engländer. Wie die „Schles. Ztg.“ meldet, wurde das dem Fürsten zu Lynar gehörende Schloss Lindenau im Kreise Dognerswedda am Mittwoch von einer Bande kommunisten besetzt, die den Generalabteilungsmitgliedern beschloßen und sich am Sonntag unter Führung der Jagdgesellschaft versammelten. Am zweiten Sonntag gegen 8 Uhr abends fuhr ein englisches Auto in unmittelbarer Fahrt auf der Chaussee Dognerswedda-Groß-Strehitz gegen ein über den Weg gepanntes Drahtgitter. Dem Chauffeur wurde der Kopf, einem englischen Oberleuten die Schädeldede abgerissen. Ein französischer Offizier erlitten einen schweren Schädelbruch. Die ersten beiden sind tot. Am Donnerstag marschierte in Mieschowitz ein Bataillon der Landwehr gegen eine gerade vorbeifahrendes englisches Auto. Auf englische Veranlassung wurde der Beobachter innerhalb 24 Stunden französisch erschossen.

Grenzwischensanktion in Memelland. Wie das „Memeler Dampfboot“ meldet, hat eine litauische Belegschaft, bestehend aus 200 Arbeitern, Streikler und Kanakler, Donnerstag mit 1 Uhr Polangen besetzt, nachdem die Zetten um 12 Uhr den Ort geräumt hatten. Bei der Fahrt der Truppen von Rönig nach Polangen ereignete sich in Bajorien ein Grenzwischensanktion. Der litauische Truppenführer ließ die Truppen auf dem Bahnhof aussteigen. Die Memelländer Belegschaft misen darauf hin, daß die Belegschaft der Werke ohne vorherige Genehmigung der zuständigen Behörde eine Besetzung der hohle Rechte des Memelgebietes darstelle. Der litauische Transportführer erwiderte, daß er sich mit der Besatzungsbefehle in Verbindung setzen wolle. Die litauische Abteilung marschierte dann von Bajorien nach Litauisch-Krottingen und von dort nach Polangen.

Die Gewährung der bayerischen Einwohnerehren. Der bayerische Minister hat zur neuen Note der Reichsregierung nach seinen Befehl, weil zwei Minister dienstlich abwesend waren. Es wurde nur eine kurze Regierungserklärung ausgegeben, die sich dabei nur auf eine offizielle Mitteilung über den Oberbefehl des Reichsleiters Dr. Brüning beschränkt, lediglich aber nicht Bezug bringt. Die Reichsregierung hat die Besetzung der Reichsregierung durch die bayerische Regierung ein dringende Vermittlungsvorschlag unterbreitet. Demzufolge soll die Reichsregierung erwidert werden, bei der Entente unter Hinweis auf die Unzufriedenheit in Mitteldeutschland in unüberwindliche neue Schritte zu unternehmen, um die Angelegenheit zu klären bis auf weiteres außer Streit zu setzen oder wenigstens die Termine für die Durchführung der Entwaffnung hinauszuschieben.

Zur Lage.

Verläufe der Schuppliz

Wie aus Berlin gemeldet wird hat die Schuppliz bei Unterbrechung der Unruhen in Mitteldeutschland bis heute 34 Tote, darunter 3 Offiziere und 50 Verwundete, darunter viele Schwerverletzte, zu verzeichnen. Im Kasseler Gebiet wird jetzt von der Polizei eine durchgehende Säuberung veranstaltet. Es werden Hausdurchsuchungen nach Waffen veranlaßt.

Belohnungen für Aufhebungen von Waffenlagern.

Da bei den Dynamitlagern in Mitteldeutschland nachweislich nach dem Entnahmungsgebot abgabepflichtiges Sprengmaterial verwendet worden ist, hat der Reichskommissar für Entarmung dem Oberpräsidenten der Provinz Sachsen 200 000 M. zwecks Auslösung der Verbrechen zur Verfügung gestellt. Ferner hat der Reichskommissar eine Bekanntmachung erlassen, wonach er im Regierungsbezirk Merseburg für die Aufhebung geheimer Waffenlagere Bestellungen bis zu 100 000 M. für die Abgabe zweckdienlicher Mitteilungen, die zur Erlassung abgabepflichtiger Einzelwaffen führen, Bestellungen bis 10 000 M. in Aussicht stellt. Für den Nachweis eines Nachschubweges sollen bis 5000 M., für den Nachweis eines Gewerbes bis 300 M. als Belohnung gegeben werden.

Allgemeiner Streik in Saalfeldener Kohlenrevier.

Halle, 1. April. Zu der westlichen Lausitz freieren sämtliche Betriebe der Braunkohle- und Braunkohle- und Arbeiter hoben die Betriebe belegt und sämtliche Lausitzer beschlagnahmen. Bei der Kammer A. O. herrscht schon seit dem 29. März Generalstreik. Es scheint, als ob der Ausstand auch auf die übrigen Werke des Saalfeldener Bergwerkes übergriffen wird. Die Streikbewegung ist bei Böhlen, auf der Arbeiter ebenfalls streiken und sie belegt halten, droht zu erstarren, wenn nicht unverzüglich Hilfe kommt.

Geschichte Wiens.

In der Gegend von Wofa und Wiche hat gestern, wie uns gemeldet wird, ein heftiges Gefecht stattgefunden. Mehrere Kommunisten sind zurückgeschlagen und in der Richtung nach Weimar zu verfolgt worden, wobei sie 20 bis 25 Tote gehabt hätten.

In Leipzig wurden festgenommen das Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses der vereinigten kommunistischen Partei in Berlin Johann Uhlmann, Dadaone Franz Kemlin, der vor der Gewinahme des Leninars gestrichelte Führer der K. O. mit seinem Begleiter Peterlow.

Unter den im Gewinahme festgenommenen befindet sich eine Reihe von Ausländern, und zwar 4 Klassen 5 Oesterreicher, ein Marekkaner und ein Mann aus Ägypten. (1) Unter den Toten sind vier Russen festgehalten.

Ein Telegraphenbündchen der Eisenbahnlinie zerstört.

Halle, 3. April. An der Eisenbahnlinie nach Eisenstein ist im Wägen der Eisenbahnlinie nach Eisenstein ein Telegraphenbündchen zerstört und unterbrochen gemacht worden. Sämtliche Drähte wurden zerhackt und die Elemente gerannt. Die Tat geschah kurz nachdem Transporte der Schuppliz die Stelle passiert hatten. Im Verlaufe wurde versucht, die Lebensführung der Halle-Eisenbahner Eisenbahnlinie über die Bitterfeld-Leipziger Strecke zu sprengen. Posten der Sicherheitspolizei, die den Vorgang noch rechtzeitig beobachteten, nahmen die Verfolgung der Täter auf, wobei sie Gewehrfeuer erhielten, das von ihnen erwidert wurde. Es gelang leider nicht, die Täter festzunehmen.

Die Täter des Eisenbahnanschlags vor ein Sondergericht.

Wie verlautet, wird das Verfahren gegen die sechs Personen, die unter dem Verdacht der Teilnahme an dem Eisenbahnanschlag verhaftet worden sind, demnächst zum Abschluß gelangen. Die Angeklagten werden vor ein laut Verordnung des Reichspräsidenten gebildetes Sondergericht gestellt. Der Prozess wird bereits in den nächsten Tagen zur Verhandlung gelangen.

Berlin. Die Tatsache, daß der Berliner kommunistische Führer Spitz seine Schwelgerei erliegen ließ, ist, da er sich bei seinem Hungerstreik ausog, hat naturgemäß in den Kreisen der radikalen Arbeiter Erregung hervorgerufen. Die Annahme, daß hier eine willkürliche Entscheidung vorliegt, stützt sich nur auf die Behauptung Spitz. Augenzeugen bezeugen, daß der Verhaftete tatsächlich erloschen war, und auch auf die Tatsache nicht hört.

Das Volksgericht in München beurteilte wegen Hochverrats den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Wendelin Thomas und den Vorsitzenden der kommunistischen Partei Dresden zu je zwei Jahren Gefängnis, den dritten Angeklagten den Reichsrichter Wagner (nicht Wagner) zu einem Jahr Gefängnis. Wagner wurden mildernde Umstände zugestanden.

Zur Wiederherstellung der Ordnung im Geleitorte war am Freitag eine größere Aktion im Gange. Mehrere Hundertschaften haben von Merseburg her das ganze Geleitgebiet abgeräumt, das nach Eiben zu von der Reichsregierung Sicherheitsarmee abgeräumt war. Die Merseburger Hundertschaften hatten Artillerie zur Verfügung, die, wie man hört mehrfach in Tätigkeit trat. Die einzelnen Vorgänge sind noch nicht bekannt, da die Aktion noch nicht abgeschlossen ist.

Unlands-Rundschau.

Sozialistische Konferenzen in Amsterdam. In Amsterdam tagten in der vorigen Woche Vorstands-Konferenzen der 2. sozialistischen Internationale und der Gewerkschaftsinternationale. Beide Konferenzen sind Freitag zu Ende gegangen. Die deutschen Gewerkschaftler sind mit dem Verlaufe der Verhandlungen zufrieden und erkennen an, daß die Haltung zum Ausgleich auf allen Seiten festliegen ist. Die deutschen Vorschläge hätten einen guten Eindruck hervorgerufen und man habe beschlossen, dafür zu wirken, daß künftige Angebote der deutschen Regierung an Frankreich einen größeren Widerhall finden. Auch die Teilnehmer an der Konferenz der 2. Internationalen erkennen an, daß man ihnen entgegengekommen ist. Die Belgier — die selben belgischen Sozialisten, die in ihrem Parlament den „Sanktionen“ zugestimmt haben, ohne mit der Wimper zu zucken — sollen sich besonders vermittelnd und entgegenkommend gezeigt haben. In einer Entscheidung wird die Eporabgabe abgelehnt. Zugaben soll die Entente in einem Punkt zu bestimmten Beschlüssen an dem folgenden Weltkongress der Sozialisten beteiligen werden. Am Wiederaufbau sollen auch die neutralen Staaten teilnehmen, wie auch durch die Gewährung von Anleihen der Wiederaufbau der nächsten fünf Jahre finanziell gesichert werden soll. Lieferung von deutschen Waren dürfte unter Mitwirkung der beteiligten Werkstätten nur in einem Umfang erfolgen, der die Gefahr der Arbeitslosigkeit ausschließt.

Die Zollfrage. Der Vorkongress erörterte Freitag den Entwurf der Interalliierten Rheinlandkonvention über die Errichtung der Zollfrage auf dem rechten Rheinstrom in Gemeinschaft mit den in London gefassten Beschlüssen. Innerhalb des Vorkongresses bestehen noch immer Unstimmigkeiten über einzelne Punkte der Durchführung des Zollsystems, namentlich über die Höhe des Ergebnisses der Zölle und über die Refraktierung des zur Durchführung der Maßnahmen notwendigen Zollpersonals.

Die verlangten Sachleistungen. Frankreich hat die Höhe der Materialien, die Deutschland nach dem Friedensvertrage zum Wiederaufbau Frankreichs liefern soll, aufgestellt. Es umfaßt Lieferungen an Holz im Werte von 6,7 Milliarden Papierfrancs, Lieferungen an Textilwaren und Papier 100 Millionen Papierfrancs. An Baumaterialien für 1 1/2 Milliarden, an Materialien für Metallkonstruktionen 900 Millionen; an Eisen, Eisenblech und Eisen für 100 Millionen; an Baumaterialien und Aluminium für 30 Millionen, Blei für 800 Millionen, Samen und Pflanzen für 30 Millionen, zusammen für rund 13 250 000 000 Papierfrancs. Es wird bemerkt, daß eine gewisse Anzahl deutscher Angebote wegen zu hoher Preise (?) dann weil sie zu spät offeriert wurden, hauptsächlich aber, weil die offerierten Artikel der französischen Industrie unbrauchbar waren, zurückgewiesen worden sind.

wegen der Höhe des Angebots auf 450 000 000 Papierfrancs einigten. Die Höhe des Angebots war 350 Millionen Francs. Gleichzeitig wird die Holzlieferungsfrage nach Holz, Blei und Eisen von dem Entarmungsamt gemeinsam mit dem Reichsminister der deutschen Regierung geprüft.

Der Bergarbeiterstreik in England nimmt einen immer größeren Umfang an. Die Bergarbeiter haben in allen Bergwerken die Arbeit so gut wie vollkommen eingestellt. Etwa eine Million Bergarbeiter nehmen jetzt das Heer der Arbeitslosen. Eine Anzahl von Frauen und Maschinenarbeitern sind an der Arbeit geblieben, um das Erhalten einiger Bergwerke zu verhindern. Die gesamte Londoner Presse berichtet über die Bergarbeiterbewegung auf das eingehendste ohne aber den Ernst der Lage zu verheimlichen. Eine Entscheidung des Arbeiterbundes, ob sich die beiden anderen Klassen an dem Streik beteiligen, wird erst Mitte der Woche fallen. Infolge der Arbeitslosigkeit ist der Rohlenpreis bereits gestiegen. Die Regierung teilte den Grubenbesitzern mit, daß sie ihnen die nötige Hilfe nicht garantieren könne, um eine Ersparnis der Gruben zu verhindern, und bittet sie daher, alle möglichen Maßnahmen zu treffen, um eine Katastrophe zu vermeiden. Sollte der Ausstand fortwähren, so werden zuerst drückende Einschränkungen des Grubenbesitzes und der öffentlichen Sicherheit eintreten, um Rohle zu sparen, wird vom 6. April ab der Eisenbahndienst um ein Viertel eingeschränkt.

Englische Gruben erschaffen?

London, 2. April. Wie die Mäcker melden, sind bereits einige Bergwerksbesitzer absterben und zahlreiche andere stehen in Gefahr. „Daily Chron.“ schreibt: Einige Minister seien der Ansicht, daß England vor einer der ernstesten Katastrophen seiner Geschichte seit Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 stehe.

Karl von Sabsburg noch in Eisenmanger.

Wien, 3. April. Nach Meldungen Wiener Mäcker aus Eisenmanger, sei König Karl unter Fiebererscheinungen an Halsentzündung erkrankt und müsse das Bett halten. Nach Äußerungen von Persönlichkeiten aus der Umgebung des Königs Karl soll dieser immer noch der Abreise Widerstand entgegenzusetzen, wobei er die Pflicht verfolge, die nächste Sitzung der ungarischen Nationalversammlung abzuwarten. Der Spezialkorrespondent der „Neuen Freien Presse“ hält jedoch für sicher, daß dieser Widerstand binnen kurzer Zeit überwinden werden wird.

Der griechisch-türkische Krieg in Kleinasien.

Genua, griechischer Ministerpräsident geworden. Antwerpen, 3. April. Genua ist an Stelle von Kolokotronis der Präsidenschaft übernommen. Letzterer ist Finanzminister geworden. Alle pensionierten Offiziere aus den Jahrgängen 1910 bis 1913 sind einberufen worden. Nach einer Hausbesuchung aus Athen wird der König Konstantin, begleitet von seinen Söhnen Nikos und Andreas, nach der kleinasiatischen Front abreisen, sobald Genua in Athen eintrifft.

Die Türken halten den griechischen Vormarsch auf.

London, 3. April. Wie Mutter aus Smyrna meldet, haben die Türken den griechischen Vormarsch zum Ersten gebracht. Heftige Kämpfe dauern bei Eskişehir an. Die griechischen Verluste übersteigen 7000 Mann. Die Verbände sind überfüllt.

Im Zeichen der „Abrüstung“.

Paris, 3. April. Die amerikanische Regierung hat 235 Aufträge für die Armee bestellt. Sie kosten 1 1/2 Millionen Doll. r. 200 dieser Aufträge werden als Jagdgeschwader verwendet, 35 dienen als Bombenflugzeuge.

Die Abkündigung über den Anschlag in Oesterreich.

Wien, 2. April. Nach dem „Neuen Wiener Tagbl.“ wird das Gesetz über die Vollstreckung vom Nationalrat nachträglich verabschiedet werden, worauf in allen Ländern die Volksbefragung über den Anschlag an das deutsche Reich vorgenommen werden wird.

Provinz und Nachbarstaaten.

Leuchern, den 4. April 1921.

Haushaltsverein für Leuchern und Umgeb.

In der Versammlung am 2. April wurde von mehreren Mitgliedern Klage geführt, daß sich entscheidende Mittel wegen, den ihnen von den Hausbesitzern vorgelegten Mietvertrag zu unterzeichnen, und den auf ihren Teil kommenden 1200 prozentigen Zuschlag zur Gebäudesteuer zu zahlen. Die überwiegend große Mehrzahl der Mieter hat sich verständigungsweise mit beiden Maßnahmen einverstanden erklärt, da sie es für gänzlich ausgeschlossen hält, daß der Hausbesitzer den hohen Zuschlag allein tragen kann und andererseits die Aufrechterhaltung des Mietvertrags, der je nach den Verhältnissen Änderungen zuläßt, in beiderseitigem Interesse liegt. Es wird den Mitgliedern nahe gelegt, beide Angelegenheiten im Sinne der gefassten Beschlüsse zur Durchführung zu bringen. Schon dem zum Hausbesitzerverbandstag in Weimar entsandten Delegierten des Vereins wurde der neue Entwurf zum Reichsmietgesetz und die dazu vom Hausbesitzerverbandstag einstimmig angenommene Entscheidung bekannt gegeben und im Anschluß hieran vom Vorsitzenden der Eintrag der Mietverträge gegen den Reichsmietgesetzentwurf. Es dürfte für die Mieter in Leuchern und Umg. unwahrscheinlich sein, daß die Mietvereinigung selbst sich zur Zahlung der nachstehenden Zuschläge bereit erklärt hat: 1. Die Grundmiete (Einzahlung des Grundkapitals). 2. Die tatsächlichen Betriebskosten (Steuern usw.). 3. Beiträge zur laufenden Erneuerung. 4. Beiträge zur Instandhaltungskosten. 5. Entscheidung für Hausverwaltung und ferner 6. Die Festlegung und Einhaltung von Hausordnungen, und also heute schon selbst mehr anbieten, als der hiesig. Hausbesitzerverein in seiner öffentlichen Versammlung als Grundlag für abzuschließende Mietverträge seinerzeit vorschlug. Wobin der Streit zwischen Mietern und Vermietern führt, zeigt am allerbesten dieser Reichsmietgesetzentwurf, dessen

Anwendung die Wohnungsnot nicht lindern, sondern verschärfen und verewigen — Mietern u. Vermietern keinen Nutzen — aber unendliche Exzereien und neue Steuerlasten bringen wird. Es dürfte angebracht sein, wenn sich recht bald ein Mietverein hier bildete, um durch gemeinsame Sitzungen der Parteien und gemeinsame Verhandlungen des Mieter- und Hausbesitzervereins die Gegensätze zwischen Mietern und Vermietern auf vernünftige Weise zu beilegen.

3. Reichsparteitag der deutsch-sozialistischen Partei Deutschlands vom 26.—28. März in Leipzig. Der Deutsch-sozial. Parteitag fand neben anderen Veranstaltungen folgende an die Reichsregierung und Reichstag:

1) Zu der angesprochenen unvollständigen Verwirklichung der Wohnungslieferung, gefälligst der für den Reichstag den gemeinsamen Angehörigen Angehörigen, durch den Unvollständigen Steuerzuschlag von Lohn- und Gehaltsentommen und die riesigen indirekten Steuern werden genaue Summen erstellt, die nach Angabe von Dr. Wirth sich veranschaulicht den Zahlenbildern benützen werden. Nur ein möglicher Teil dieses Betrages liegt in die Taschen der breiten Massen zurück. Weitens der größte Teil hingiert dem Bestreben der Unpatrie der Finanz-Autorität.

Die Aufrechterhaltung des Rentenwesens ist daher nichts anderes als ein schwerer Betrag am Rande lediglich zum Nutzen des Arbeitslosen als zum Schaden der Volksgemeinschaft.

Wenn die Reichsregierung eine Volkserziehung sein will, so muß von denen in erster Reihe erwartet werden, daß sie sich ohne Zögern und mit großer Macht für die Einführung des Rentenwesens, das heißt für die Abhebung des finanziellen Druckes am wichtigsten Punkte einsetzen. Die dadurch bewirkte Verringerung des Angebots des Staatszuschusses würde eine wesentliche Verringerung der Steuerlasten zur Folge haben. Für die notwendigen Mittelrenten läßt sich leicht ein Weg finden, welcher die weitere Ausgestaltung der Rente ermöglicht.

- Sie fordern:
- a) Einführung des Rentenwesens aus dem Mittel der Reichsrenten, ohne den Rückwert der Schablonen anzusetzen.
 - b) Aufhebung des Unvollständigen Steuerzuschuges vom Lohn- und Gehaltsentommen und fortschreitende Verwirklichung aller indirekten Steuern.
 - c) Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen, Veteranen der Arbeit und unentschädigten Kriegsveteranen sind auch weiterhin die Renten höher zu stellen und je nach Bedürftigkeit entsprechend zu erhöhen.
 - d) Das deutsche Volk war bisher des Glaubens, die deutsche Reichsbank sei das, was für den Namen sagt: Ein staatliches Gebührenten. Das deutsche Volk hat erkannt, daß die als Reichsbank bezeichnete Geldanstalt in Wirklichkeit ein unter staatlicher Aufsicht stehendes Bankgeschäft unternehmerischer Natur ist. Durch die diesen unternehmerischen Selbstzwecken überlassenen Borende des Bankensindes und der Regelung des Geldumlaufes ist das deutsche Volk zu dauernder Verachtung durch eine unerschütterliche Steuerlasten Veranschaulichung des finanziellen Druckes auf den deutschen Parteiführer auf Grund vorliegender Tatsachen die folgende Vereinfachung der Reichsbank.

Förderung des Kräutlerwesens. In Drogenpreisen wird gefordert, daß sie die bei uns mit wachsenden Heilkräutern, wie Lindenblüte, Arnika und Wurzeln teuer vom Ausland beziehen müssen, weil in Deutschland die Sammelorganisation fehlt. Die Berliner Handelskammer hat deshalb angeregt, in geeigneten Fällen die um Arbeitsunterstützung Nachsuchenden zum Kräutlerwesen anzuregen. Abgesehen von der Wichtigkeit und Nützlichkeit dieser Tätigkeit, wenn sie zum Zweck des Verkaufs der gemeinsamen Kräuter geschieht, scheinen auch viele Leute nicht zu wissen, daß sie selbst sich auf diese Weise vollkommen einen außerer wohnenden und gesundheitsfördernden deutschen Tee bereiten können, der ihnen den besten ausländischen vorzuziehen ist. Es liefern z. B. die Blütferringspflanze und die Blätter des Brombeerrandes, die in unserer Umgebung mit Weidigkeit gepflückt werden können, sind in unserer deutschen Tee.

Febr. 1. April. Das Leipziger Angebotsblatt, das am 2. Mai 1919 an die Stelle der seit 45 Jahren bestehenden „Leipziger Anzeiger“ getreten war, hat mit dem heutigen Tage das Erscheinen eingestellt.

Halle. Die oberflächliche Sichtung der bei der Aushebung des roten Hauptquartiers in Halle vorgefundenen Papiere durch die Behörden ergibt zweifellos das Bestehen einer schon seit langem vorbereiteten, planmäßig angelegten kommunistischen Kampforganisation, die sich über ganz Mitteldeutschland erstreckt. Das kommunistische Hauptquartier war mittelfristig in Halle. Die wichtigsten Wohnungen wurden durch Nachforschungen in überdeckt, welche mit besonderer Sorgfalt versehen waren, so z. B. der in der roten Ecke am Arm. Fast sämtliche bekannte kommunistischer Deutschlands sind in dem mittelfristigen Aufwand verwickelt. Das Kräftefeld vom März bis in der mittelfristigen Aufstandsbewegung ist durch besagte Dokumente einwandfrei nachgewiesen.

Halle, 2. April. (Acht Personen an Schlafkrankheit gestorben.) Hier sind in der Unterstadt von 10 an Schlafkrankheit leidenden Personen acht gestorben.

Querfurt, 1. April. Ein unglückliches Opfer hat der Aufruf in Großheringen gefordert. Dort ist der Pastor Müller am ersten Osterfesttag von den durchgehenden Aufständigen aus der Kirche geholt und in einem Saal mit nach Aufstiege verpackt worden. Vor Aufstiege ist er schwer verwundet und dann nach dem Krankenhaus in Merseburg transportiert worden. Hier hat Pastor Müller am zweiten Ostertag an seiner Verletzung. Am Freitag fand seine Beisetzung in Merseburg statt.

Die jüngst durch die Presse gegangene Meldung aus Halle, nach der der Gehmann einer Hebamme auf die Frau des Försters als Wöchnerin im Dammbach ein Raubentwurf verübt haben sollte, ist eine vor 15 Jahren erkundete Geschichte, die in einem dortigen Blatt jüngst wieder angeführt und von den übrigen Zeitungen übernommen worden war, da jetzt alles für möglich gehalten werden kann.

Damberg, 3. April. Ein erschütterndes Familienbild entrollte Reichstag Dr. Stumpf in der letzten Sitzung des Stadtrats. Der Händler Andreas Ernst, wohnhaft in der Sutte hier, ist Vater von 6 Kindern. Zwei Mädchen im Alter von 16 und 18 Jahren mußten in einem der Wirtungseinrichtungen ausgelegten Schweinestall mit der Tieren zusammen wohnen und schlafen, während die anderen vier Kinder im Alter von 2 bis 14 Jahren in einer dunklen Kammer kampieren mußten. Dabei ist der Mann gar nicht schlecht situiert. Es steht außer allem Zweifel, daß der entmenschte Vater nur aus Geiz gehandelt hat. Das Traurige in dieser Sache ist, daß sich die Mutter der Kinder schon seit längerer Zeit in der Irrenanstalt befindet. Auf Anordnung des Stadtrats werden die sechs Kinder in verschiedenen Anstalten untergebracht.

Vermischtes.

Eine Belohnung von 100 000 Mark auf die Ergreifung von H.H.

Wie die „Post. Jg.“ erzählt, ist auf die Ergreifung von H.H. von der preussischen Regierung eine Belohnung von 100 000 Mark ausgesetzt worden. Es wird auf seine Verhaftung deshalb großer Wert gelegt, weil ungenügend feststeht, das er der gefällige Leiter des ganzen kommunistischen Aufstandes und auch der Urheber zahlreicher Anschläge auf Eisenbahnen und Amtsgebäude und auch auf die Reichsregierung gewesen ist.

10 Monate Gefängnis für einen Beschäftigten. Der Verein gegen das Beschäftigtenwesen, Sitz Berlin, teilt uns mit: Die Strafammer in Magdeburg verhandelte gegen den Aluminiumfabrikanten Adolf Siebel-Rosenbach in Freudenberg, Kreis Sitten. Der Angeklagte leistete Falschungen für das Heer. Nach Kriegsende kaufte er große Mengen zurück, um sie ins Ausland zu verkaufen. Mitte 1919 erschien der Angeklagte beim Volksgericht in Magdeburg, welches nach 19 000 Flaschen von ihm abzunehmen habe, und bot dem Abteilungsleiter ein Beschäftigtengeld von 50 000 M., wenn der Beamte weitere hunderte tausend Flaschen abnehme, die der Angeklagte dann zurückzahlen wolle. Der Beamte nahm das Angebot an. In Anbetracht seiner Weibliche zwecks Beweissicherung an. Der Angeklagte reichte darauf eine neue Rechnung über 169 000 Flaschen ein. Das Gericht verurteilte ihn wegen Beschäftigung und Betrugsvertrugs zu zehn Monaten G. fängnis.

* Eine schwere Gefangenenerweiterung entfiel Freitag in der Brieger Strafanzahl, wo einige hundert Gefangene auszubringen verurteilt, während sie aus den Schlafzellen in die Arbeitszelle geführt wurden. Sie überprüften den Raum und trugen die Wachen nach dem Hauptgang. Dort nahmen sie einem Beamten den Revolver weg und feuerten gegen die ihnen entgegengetretenen anderen Beamten. Diese erwiderten das Feuer, töteten zwei und verwundeten ungefähr 18 Gefangene. Beamte sind nicht verletzt. Die Gefangenen wurden in die Arbeitszelle zurückgeführt, wo sie die gefangenen Gefangenen der Wachen herausschickten und durchbrechen verurteilten. Die Beamten verteilten sich um die Schlafzellen und schossen nach der sich ab dem Fenster schickenden Gefangenen, so daß diese den Ausbruchversuch abgeben. Ein Zug Reichsbahnfahrzeuge besetzte die Strafanzahl. Der Hauptverursacher wurde in Einzelhaft gesetzt. Es herrscht wieder Ruhe.

* Schwere Fälle von Schlafkrankheit in Halle. In der Unterstadt in Halle sind von 10 an Schlafkrankheit leidenden Personen acht gestorben. Es handelt sich bei dieser Krankheit nicht um die bekannte tropische Schlafkrankheit, sondern um eine gefährliche endemische Erkrankung des Gehirns, die auch mit dem Namen *Chorea* bezeichnet wird.

Einkauf in das Preussische Hauptquartier. Einkäufer verhafteten sich in der Nacht Einlauf in die Räume des Hauptquartiers in Dresden, wo sie mehrere Schränke erbrochen und einen großen Kasten Steuerzeichen für Zigaretten und Zigarren im Werte von 200 000 Mark raubten.

* Die nordamerikanische Wohnungsnot ist noch schlimmer als bei uns. In New York bestehen für die große Mehrzahl der Bewohner, soweit sie nicht die eigene Wohnung ausfinden können und in Logierhäusern kampieren, nur noch Wohnungen von 2 Zimmern mit einem Gasofenapparat auf dem Korridor. Trotzdem sind die Preise recht hoch und für Familien mit einem mittleren Einkommen oft kaum noch zu erschwingen. An die Erlangung von 2 bis 3-Zimmer-Wohnungen wird kaum noch gedacht.

Ein neues französisches Schandurteil. Der Regierungsrat 8 5 6 m, der Leiter der Zweigstelle V a n d a u der Reichsbürgerversammlung für das besetzte Gebiet, war am 7. Januar 1921 vom französischen Kriegsgericht in London zu 8 Tagen Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil er sich hinsichtlich der Forderung der Franzosen auf Einrichtung einer Schule für französische Soldatenkinder auszuführen. Dieses Ur. i wurde auf seinen Antrag aufgehoben und die Angelegenheit zur neuen Verhandlung an das französische Kriegsgericht in Mainz verwiesen, das am 8. März 1921 zu 2 Monaten Gefängnis und 7500 Mark Geldstrafe verurteilte. Vorliegen des Kriegsgerichts war Oberst N a h e l. Dessen Frau und zwei andere Damen hatten auf dem Gerichtspodium sitzend hinter den Richtern Platz genommen und gestalter die Gerichtsverhandlung durch ihre Unwesenheit auch die übrige Aufmachung der Verhandlung. So hatten die Franzosen hinter dem angeklagten deutschen Beamten 7 Gefangene mit aufgeschlagenen Seiten gewehr aufgestellt. Der Vorsitzende hatte nicht mit häßlichen Bemerkungen. Der als Zeuge geladene Major F r a d h o m m e, von dem die gänzlich vertragswidrige Forderung von Soldatenkinderschuhen in London ausgegangen, und der als der eigentliche Schuldige zu betrachten ist, war weder zu der Verhandlung in London noch zu der in Mainz erschienen. Der Regierungsrat Vöhr hat, nachdem die von ihm eingelegte Revision verworfen worden ist, die neumontierte Gefängnisstrafe angetreten.

— Die Säleruntage. Dem Deutschen Schnellendienst nach landwirtschaftlicher Seite geschrieben: Die Verfügung über die Bestimmungen durch den Reichstag zu Berlin ist nicht erreicht worden. Zur Befestigung der durch die Verfügung entstehenden Säler bleibt daher nur der Weg, einer Beratung der Säleruntage durch Verhandlungen mit den Lokalbehörden herbeizuführen. Dem Vernehmen nach hat die Reichsgetreidestelle bei den Lokalbehörden darauf hingewirkt, den landwirtschaftlichen Bestimmungen mit großer Sorgung zu tragen. Hierbei ist dem Grundbesitzer Rechnung getragen worden, daß die auf einen landwirtschaftlichen Betrieb unvertreten oder nicht abgestellten Sälermengen auf andere Betriebe weder innerhalb noch außerhalb des Bezirks umgelegt werden dürfen.

— Die Neubearbeitung des Viehschlaggesetzes. Das mit dem 1. Mai 1912 in Kraft getretene Viehschlaggesetz vom 26. Juni 1909 wird nach fixieren Nachfragen eine Neubearbeitung erfahren. Wobei für die Schaffung eines Vorkurses mit großer Bedeutung die Erfahrungen gewesen sein, die während des letzten Jahres im Gannes der Maul- und Klauen-

seuche im Jahre 1920 gemeldet worden sind. Die landwirtschaftlichen und tierärztlichen Kreise befinden sich seit langem der Wunsch nach einer Neubearbeitung der Viehschlaggesetz, und wissenschaftlich ungenügende Bestimmungen.

Der Stärkere.

Von Marie Stahl.

24) Nachband verlesen.

Ich bin nicht willens, den leisen Vorwurf oder Schatten eines Hofes von dir zu ertragen, weil ich es nicht verdrage. Selbst wenn ich noch nicht an dich gebunden wäre und heute die freie Welt hätte, würde ich dir folgen und nicht dem anderen. Denn du bist der Stärkere. Die stetige, ständige Kraft des Mannes ist größer als die Weichheit. Über jedes Mißtrauen von deiner Seite und jede ungenügende Verfolgung reißt eine Kraft zwischen uns, über die es keine Brücke mehr gibt. Das bedeutet wohl! Ich werde dich nicht aufgeben! Ich erwarte morgen deine Antwort."

Sie verließ das Zimmer, und er blieb allein mit der Nacht und dem Herdstein, der leuchtend um das alte Haus ging. Er erhob sich und ging langsam, mit schweren Schritten ziellos im Zimmer hin und her. Manchmal blieb er mit gestemtem Kopf stehen und starrte auf den Herdstein, oder sah auf einen Gegenstand, als erblicke er was Neues an ihm und wachte doch nicht, was er vor sich hatte. Es war ihm er sicher: Sie hatte die Wahrheit gesprochen. Doch er glaubte diese Wahrheit nicht ertragen zu können. In seinem tiefen Auge war der Haß, der Blut forderte, die tödliche Gier nach Rache an dem, der es gewagt, das Auge auf sein Weib zu werfen. Er konnte nicht anders denken als Blut. Niederstiegen wollte er den Leib hin.

Er nahm das Kreuzbuch vor und suchte den Jahrgang für Dresden. Dann ging er an seinen Schreibtisch und fing an, Buchstaben zu ordnen. Er schrieb einige ungewöhnliche nieder und begab sich darauf in das Kabinett, wo sein Koffenstand stand, dem er die notwendige Summe Geld für die Reise und für die Bedürfnisse während seiner Abwesenheit entnahm. Endlich wollte er einen Brief an seine Frau schreiben, aber die Feder erlief seiner Hand und aufstöhnend stieß er das Papier von sich, wie geschmettert, zermalmt von dem Gedanken, daß dies das letzte sei, was er ihm und ihr. Doch er sie damit für immer verlor.

Und mit ihr alles! — Sein ganzes Glück! — Kein Heim mehr, kein Herz, kein Weib, kein Kind! Keine Hoffnung, keine Zukunft! Alles da, leer und tot! — Nie mehr eine Glückseligkeit wie an jenem Sommermorgen, als er durch die Felder gelauert, um nur einige Minuten früher bei der Geliebten zu sein und nicht laugen zu hören. — nie mehr!

Und tiefer noch und tiefer die Liebe empor, himmelhoch über den Haß hinaus, bis er klein und unvollständig erschien und seines blutigen Dunders wert.

Tief war die Nacht und wunderbar ihre verschleierte Stunde, als ein Mann, durchschlüpft und gebrochen von der härtesten aller Schmerzen, am Lager seines Weibes teilte, das aufgelöst in dankbarer Liebe an seiner Brust lag.

Tief war die Nacht und das Glück, das in solcher Stunde geboren wird, das will Ewigkeit, tiefe, tiefe Ewigkeit.

(Ende.)

Ständesamtliche Nachrichten vom Landkreis (Stadt)

für den Monat März 1921.
Geboren wurden: 11 Mädchen, 13 Knaben.
Verheiratet haben sich 1 Paar.
Gestorben:
1 totes Mädchen. Die Witwe Louise Böttner geb. Bannwitz, 74 Jahr. Ella Maria Sommer 1 Jahr alt, Tochter des Kesselführers Max Karl Sommer, 1 toter Knabe. Die verehelichte Fabrikarbeiterin Anna Jahn geb. Müller, 55 Jahr. Ernst Walter Lorenz 2 Monate alt Sohn des Bergarbeiters Ernst Karl Lorenz.

Amthliche Bekanntmachungen.

Verordnung.

Der „Klassenkampf“ für Vererbung, der „Kote Kurier“, sowie sämtliche kommunistische Presseerzeugnisse, welche die Arbeiterchaft zum Kampf aufzuweisen und zum Widerstand gegen die Staatsgewalt und Polizei auffordern, werden verboten.

Regierungskommissar.

Betrifft Landwirtschaftskammerwahl.
Auf Grund des § 45 der Wahlordnung für die Landwirtschaftskammer vom 6. Januar 1921 wird nachstehend das Ergebnis der am 20. März d. J. stattgefundenen Wahl öffentlich bekannt gemacht.

Es sind für den Land- und Stadtkreis Weihenstephan Mitglieder der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen gewählt worden:

1. Boigt, Reinhold, Gutbesitzer in Kreischa,
 2. Kraus, Paul, Gutbesitzer in Runkhof,
 3. Reinhardt, Carl, Rittergutsbesitzer in Burgwerben,
 4. Hörig, Oswald, Gutbesitzer in Dobergaß.
- Sämtliche Gewählten sind von dem Wahlvorsitzenden Boigt, Weihenstephan, den 31. März 1921.

Der Wahlkommissar. 3 i m e r m a n n, Landrat.

Ruß-, Vieh- und Krammarkt.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß hier selbst am Mittwoch, den 6. April 1921 Ruß- u. Viehmarkt und am Donnerstag, den 7. April 1921 Krammarkt stattfindet.
Leuznerr, den 31. März 1921.
Die Polizeiverwaltung. Schiller.

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Abzugspreis: Die schlagpattene Korpusseite 60 Btg. Restabgabe 1.— Mt.
Anzeigensatzpreise in 1. und 2. Klasse dieses Blattes, Preisverträge 10.
bis 10 Zeilen, 10 bis 15 Btg. Größere und kompliziertere Anzeigen
müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.
Verkauf nicht mehr als 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag
abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Abzugspreis: Die schlagpattene Korpusseite 60 Btg. Restabgabe 1.— Mt.
Anzeigensatzpreise in 1. und 2. Klasse dieses Blattes, Preisverträge 10.
bis 10 Zeilen, 10 bis 15 Btg. Größere und kompliziertere Anzeigen
müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.
Verkauf nicht mehr als 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag
abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Amliches Verhandlungsblatt für die Stadt Teuchern.

N 40

Dienstag, den 5. April 1921.

60. Jahrgang

Der Schlüssel zur Lage.

In Paris war vor einigen Tagen das Wort von einer „deutsch-französischen Annäherungs-Möglichkeit“ angeklungen. Bei uns in Deutschland hat kaum jemand sich mit dieser Möglichkeit beschäftigt, denn wir hätten an näherliegende Dinge zu denken, aber in Frankreich hat die Sache viel Staub aufgewirbelt. Dabei war noch gar nicht festgestellt, ob wirklich eine Verständigung, deren Aussprüche Bedeutung besitzend ist, sich so gefährlich hat. Die Mitteilung ist augenscheinlich auf die Rede des Ministerpräsidenten Briand in der Kammerkammer vor dem französischen Parlament, worin er gesagt hatte, er werde vielleicht schon bald in der Lage sein, die Zustimmung der Kammer zu neuen Vorschlägen der französischen Regierung einzuholen. Diese Vorschläge stammten aber weit eher nach neuen Maßnahmen gegen Deutschland, als nach Verhandlungen über eine Verständigung oder gar Veränderung zwischen Frankreich und Deutschland. Die Gegner Briands, die Gruppe Boncour, haben sehr sofort angeklungen, daß sie den Sinn des Ministeriums veranlassen würden, wenn dieses seine Politik in dieser Richtung einstellen würde. Es ist also das alte Schicksal, das sich in Paris seit 1871 wiederholt, wenn einmal schlichter gemacht wurde, das Wort „Annäherung“ mit Bezug auf Deutschland auszusprechen.

Es ist nicht zu verkennen, daß die französische Regierung heute in einziger Verlegenheit ist, die sie vor der Öffentlichkeit nicht zugeben will, und das ist der Schlüssel zur Lage. Diese Verlegenheit besteht, genau genommen, schon seit vorigem Herbst, und darüber ist schon zu Anfang dieses Jahres das Ministerium Fugues gesprochen, so daß es kaum nachfolgende Stand klar machen mußte. Das offizielle Frankreich hat nach innen hin zu viel verprochen und nach außen hin (Amen, Wien, Berlin, Moskau) weit vorgeschoben zu hohe Ziele gesetzt, als daß es sich nicht durch die unerbittliche deutsche Angelegenheit in seiner Ehrenbeuge freit gewaltig beengt hätte. Eine Verständigung mit Deutschland, für die ja immer noch Lloyd George sprach, wäre also an der Seite ganz genau erwünscht, aber nur

jauch hätten, hätten nach der genannten Größere Enkel den Eindruck, daß Deutschland großen Wert darauf legt, Amerika in der Festlegung der von ihm geschuldeten Summe beteiligt zu sehen. Andererseits wird die unklare verdrängte Meldung, wonach Sanding's Komitee Deutschland bereits einen endgültigen Wiedergutmachungsplan unterbreitet habe, nicht bestätigt.

Ein deutsches Thema.

Von deutscher amtlicher Seite wird hierzu mitgeteilt: Es haben keinerlei Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und der amerikanischen Regierung über das Reparationsproblem stattgefunden. Ebenso wenig sind Projekte über diese Fragen zwischen beiden Regierungen ausgetauscht worden. Wichtig ist nur, daß der Reichsminister des Reichs Dr. Simons gelegentlich einer Unterredung mit dem Vertreter amerikanischen Kommissar Gelegentlich Gelegenheit hat, den bestimmten deutschen Standpunkt in der Reparationsfrage zum Ausdruck zu bringen. Dabei ist, wie es bei denartigen Unterredungen üblich ist, dem amerikanischen Kommissar ein entsprechendes Memorandum überreicht worden. Soweit der Sachverhalt, dem man in der Öffentlichkeit nicht allzu große Bedeutung beimessen sollte. Weiter wird noch mitgeteilt, daß von neuen deutschen Vorschlägen vorläufig keine Rede sein kann.

Wie man sieht, wird aber entgegen der Auffassung der deutschen Regierung auf Seiten der Entente dieser Verlegenheit eine ziemlich große Bedeutung beigegeben. Über solche hierbei mehr der Wunsch der Entente des Überwuns genen sein? Auf beiden Seiten hat man das allerbildende Interesse daran, die Entscheidungsvorgänge wieder aufzunehmen. Durch die Gewaltpolitik der Entente sind diese Verhandlungen aber jetzt verfahren, daß die Entente schon gegen fremde Mächte in Anspruch nehmen würde, um die Entente nicht zu scheitern zu lassen. Nach den ersten Erklärungen Sanding's hatte man allerdings den Eindruck, daß er sich überhaupt nicht in europäische Angelegenheiten mischen würde. Aber schließlich beruhen diese auch Americas Interessen stark. Gegenwärtig befindet sich bekanntlich Briand in Belgien, um Verhandlungen mit dem französischen Senat zu bestehen, um besonders klarzumachen, daß Frankreich seine Schulden an Amerika nicht bezahlen könne, wenn Deutschlands Verpflichtungen an Frankreich nicht geregelt sind. Umwas anderes mag also schon an diesen Verhandlungen über amerikanische Vermittlungsversuche sein. Wo man ist, da ist gewöhnlich auch Genes. — a.

Kaiser Karls Rückreise.

Die ungarische Nationalversammlung gegen Karl. Erzöng Karl hat seine Rückreise jetzt wohl unter dem Zwang der Verhältnisse ganz aufgegeben, obwohl man infolge der ungarischen Telegraphenberichterstattung im Hinblick auf ungarischen Verhältnisse noch ziemlich im Unklaren ist. Aber die inner- und außenpolitischen Momente, die gegen einen Staatsstreichversuch sprechen, sind denn doch zu stark.

Am Freitag fand die mit Spannung erwartete Sitzung der ungarischen Nationalversammlung statt, die die Entscheidung des Parlaments über die Königfrage bringen sollte. Diese Sitzung hat ein überraschendes Ergebnis gezeigt. Denn die Nationalversammlung hat einstimmig einen Antrag der Bauernpartei angenommen, der sich in scharfer Form gegen Karl wendet. Der Beschluß der Nationalversammlung, dem also auch die doch in diesem Parlament ziemlich starken Legitimen ohne Ausnahme zugestimmt hat, bezeichnet den jetzigen Zustand des Landes als legitim und verurteilt den unermessenen Besuch Karls in scharfer Form als eine Mißhandlung und eine Gefahr für das Land.

Mit großer Mehrheit sprach das Parlament auch dem Reichsoberster Rath die Verweigerung aus und schickte sein Verbot gegen Karl. Die Sitzung des ungarischen Parlaments ist also jetzt klar und eindeutig.

Eine scharfe Erklärung der Reichsministerkonferenz. Ebenso klar, eindeutig und energisch hat jetzt auch die Entente, deren Hauptmächte England und Frankreich bisher keine feste Haltung eingenommen hatten und so zweifellos Karl in seinem Vorhaben bestärkt hatten, Stellung genommen. Die Vorkassationskonferenz hat am Freitag in Paris eine Sitzung abgehalten und auf den Vorschlag Frankreichs eine Erklärung angenommen, die folgende heißt: „Wir sind nach Ansicht der alliierten Regierungen eine Wiederbelebung der habsburger Grundzüge des Friedens in Gefahr bringen würde, so daß sie daher von ihnen weder anerkannt noch gebilligt werden könne. Die verbündeten Mächte rechnen darauf, daß die ungarische Regierung sich der Schwere der Lage bewußt ist, die eine Wiederbelebung des Schwerts auf den Thron von Ungarn schaffen würde, und wirksame Maßnahmen ergreifen wird, um den Versuch zu hemmen, dessen augenblicklicher Erfolg für Ungarn die verhängnisvollsten Folgen haben könnte.“

Die Haltung der Nachfolgenden. Dann haben auch die Regierungen von Rom, Prag, Belgrad und Bukarest öffentlich und auch inoffiziell deutlich zu verstehen gegeben, daß sie gegen eine Wiederkehr Karls auf den Thron von allen Mitteln einschreiten werden. Graf Sforza hat sich sogar ziemlich fest in diesem Sinne ausgesprochen. Ebenso hat der deutsch-französische Nationalrat in einer außerordentlichen Sitzung am Freitag in scharfer Weise Stellung gegen das Abenteuer des Erzälers genommen, das in einer gemeinsamen Erklärung der drei großen Parteien als eine Verdrängung der Republik Österreich bezeichnet wird. Der Bundesrat hat sich mit, daß die österreichische Regierung diese Ansicht Österreichs den Entente-mächten und den Nachbarstaaten mitteilt habe.

Die Verhandlungen über Karls Rückreise.

Unter diesen Umständen bleibt dem jungen König allerdings nichts anderes übrig, als sich dem Gang der Dinge zu fügen. Die Verhandlungen über seine Rückreise sind denn auch schon im Gange. Er selbst hat sich jetzt bereit erklärt, Ungarn zu verlassen. Die technischen Vorbereitungen für seine Rückreise über Österreich sind bereits getroffen, die Verhandlungen, die hierüber in Wien und in Steinmangere zwischen den Vertretern des Kaisers, der ungarischen und der österreichischen Regierung geführt wurden, von dem Abschlusse. Der Sonderzug, der den Kaiser über Österreich nach der Schweizer Grenze bringen soll, steht in Steinmangere bereit. Alle Stationen, durch die der Zug fährt, werden abgeschlossen und militärisch besetzt. Zug und bei seiner Fahrt durch Österreich durch Besatzung des Großherzogs, der geistlich-politischen und sozialdemokratischen Partei besetzt werden, die eventuelle Zwischenfälle, die sich durch die Haltung der Eisenbahner oder der Bevölkerung ergeben sollen, hintanhalten sollen. Der Sonderzug wird ferner auch durch zwei englische Stabsoffiziere begleitet werden. Wogin sich Karl bewegen wird, steht noch nicht fest. Der Schweizer Bundesrat hat beschlossen, dem Kaiser vorläufig den Aufenthalt in der Schweiz zu erlauben. Ob er aber wieder in Prag ausreisen will, nehmen soll, ist noch zweifelhaft. Die international-genehmigung ist auch ausdrücklich positiv. Sondernfalls wird sich aber die Schweiz gegen starke Wiederholungen solcher Extratouren des Erzälers sichern wollen. Nach anderen Meldungen soll sich der Kaiser endgültig nach Spanien begeben. Die spanische Regierung soll bereit zu ihrer Einwilligung hierzu gegeben haben.

Allerdings lauten trotz alledem immer noch Meldungen auf, daß Karl in Ungarn verbleiben und sich des Throns zu bemächtigen suchen will. Man weiß aber bei dem Charakter des jungen Kaisers, der bereits infolge seiner Regierenszeit in Hofkreisen „Karl der Klüftige“ genannt wurde, immer auf die schlimmsten Überlegungen gefaßt zu sein.

Deutsches Reich.

Belohnungen für den Nachweis von Waffendepots. Da bei den Dynamitaktionen während des Auftrugs in Mitteldeutschland nachweislich nach dem Entdeckungsgesetz abgegebene Material zur Verwendung gelangte, hat der Reichsminister für die Ernennung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen 200 000 Mark zwecks Aufklärung dieser Verbrechen zur Verfügung gestellt. Ferner hat der Reichsminister eine Belohnung erteilt, nach der er in Regierungsbezirk Verden für die Aufdeckung geheimer Waffendepots Belohnungen bis zu 100 000 Mk. und für die Ergreifung zweifelhafte Mitteilungen, die zur Erfassung abgabepflichtiger Einzelaffen führen, Belohnungen bis zu 10 000 Mk. in Aussicht gestellt. Für den Nachweis eines Waffendepots sollen bis zu 5000 Mark, für den Nachweis eines Gewehrs bis 300 Mark Belohnung gegeben werden.

Die Reichsoberster Rath beendete. Die Reichsoberster Rath für die technische Durchführung der ober-schleisschen Abstimmung der folgenden Reichsbericht aus: Mit dem Freitag hat nach einer Gesamtdauer von 25 Tagen die große Transportbewegung ihren Abschluß erreicht, die erforderlich war, um alle Stimmberechtigten aus dem Deutschen Reich und weit darüber hinaus zur Schaffung in Ober-schleisschen zu stellen und wieder zurück in ihren Wohnort. Monatlanges unermüdliches Arbeit war erforderlich, um dieses Werk zum Abschluß zu bringen, und sie ist in außerordentlicher Weise von dem Deutschen Reich, des Reichsleitenden Verbänden heimatischer Ober-schleisschen und der technischen Direktion des Reichsoberster Rath's geleistet worden. Dank der durch Eisenbahndirektionen bis ins einzelne geregelten Vorbereitungen hat die Transportbewegung trotz mangelhafter Schwierigkeiten infolge mangelhafter Güter in Ober-schleisschen und kommunikativer Kräfte in Mittel-

die er in diplomatischen Kreisen erhalten hat, die deutsche Regierung sich mit der Ansicht trage, den alliierten neue Vorschläge in der Wiedergutmachungsfrage zu machen. Diese Ansicht wäre auf eine Intervention der Vereinigten Staaten, die dem Wiedergutmachungsfragen hatzuzuhören hätten. Jedoch ist man, wie das Staatsdepartement weiter erklärt, zu einem Beschluß bisher noch nicht gekommen. Die Vertreter der Vereinigten Staaten, die über den deutschen Standpunkt in der Wiedergutmachungs-

